

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jährenbrock, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 89. Druck und Versand Jug. von Nien, Krefeld, Luth. Kirchstr. 55, Tel. 240 14. Befreiungen durch die Post für den Monat I.—X.

Nummer 20

Düsseldorf, den 21. Mai 1932

Verbandsort Krefeld

## Trotz der Krise verstärkte Jugendarbeit

Fr. F. Verstärkte Jugendarbeit tut not. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, weil es in manchen Betrieben an jugendlichem Nachwuchs mangelt und ein Teil der Jugend erwerbslos auf der Straße liegt, seien die Bemühungen um die Jugend vorerst nicht so dringlich. Jugendarbeit habe erst bei anziehender Konjunktur wieder Sinn und Zweck. Das hieße die Jugend in ihrer schwersten Not sich selbst überlassen. Siehe das in unserer Jugendbewegung geschaffene Werk aufs Spiel setzen und wichtige Verbandsinteressen gefährden. Ein Sich-nicht-bekümmern um die Jugend wäre auch gleichbedeutend mit der Gefährdung wirtschaftlicher und sozialer Arbeiterinteressen und nationaler Volksbelange.

Die Jugend bedarf der Führung. Heute mehr denn je. Sie erlebt einen wirtschaftlichen Zusammenbruch von ungeheurem Ausmaß. Sie empfindet, wie eine aufs äußerste gespannte Innen- und außenpolitische Atmosphäre das deutsche Wirtschaftsleben nicht zur Ruhe und zur Erholung kommen läßt. Sie sieht das Versagen prominenter Finanzleute und Wirtschaftsführer, die moralische Fäulnis, die sich in manchen Zusammenbrüchen von Wirtschafts- und Bankunternehmungen offenbart. Sie fühlt die Unsicherheit der materiellen Lebensgrundlagen, sieht sich zu Hunderttausenden aus der Laufbahn herausgeschleudert, zum Nichtstun verurteilt, eine dunkle Zukunft vor sich. In einer solchen, selbst gereiften Menschen zur Gefahr werdenden Situation ist es für eine verantwortungsbewußte Standesbewegung doppelte Pflicht, sich um die Jugend zu kümmern. Es gilt, diese vor dem Verfall in unfruchtbaren Pessimismus oder Radikalismus oder gar in ein aller Hoffnung bares Sichgehenlassen zu bewahren, in ihr den Glauben an einen Wiederaufstieg zu erhalten und den Willen auszulösen, allen Schwierigkeiten und aller wirtschaftlichen, beruflichen und seelischen Not zum Trotz das Leben zu meistern.

Die Jugend bedarf in dieser schweren Zeit aber auch der Hilfe des Rückhalts in Jugendgruppen. Hier soll sie aufgeklärt werden über die tieferen Ursachen unserer Not und über die zum Wiederaufstieg führenden Wege. In unseren Gruppen wollen wir sie beraten und ihr helfen in all ihren Nöten. In der Gruppengemeinschaft sollen auch die erwerbslosen Jungkollegen und -kolleginnen Halt und Stütze, ein geselliges Dabeim finden, das sie wenigstens stundenweise die Not des Lebens vergessen läßt. Sie sollen sich an unseren Wanderungen beteiligen und fühlen, daß sie uns gleichwertige Glieder der Gruppengemeinschaft sind.

Wer nicht nur um der Jugend selbst, auch um des Verbandes willen ist Jugendarbeit Pflicht. Gerade weil es an jugendlichem Nachwuchs fehlt, ist die Erziehung der in unserem Beruf vorhandenen Jugend umso dringlicher. Wir bedürfen ihrer für die Verjüngung und Aktivierung unseres Mitarbeiterstabes. Die heutige Zeit erfordert für diese Mitarbeit ein besonderes Wissen, besondere Erziehung. Diese wird erstrebt und auch weitgehend erzielt in der Jugendbewegung. Sie ist die Vorstufe für die Betätigung im Verband. Kurzfristig und verbandschädigend handelt darum der Ortsgruppenvorstand, der glaubt, die Jugendarbeit entbehren zu können.

Auch der wirtschaftliche und soziale Wiederaufstieg der Arbeiterschaft setzt Jugendarbeit voraus. Die Arbeiterschaft hat Rückschläge erlitten und ist heute noch von Gefahren umdroht. Manches, was wir hinnehmen mußten, war bedingt durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse. Mancher Ansturm auf die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Lage der Arbeiterschaft aber entspringt rücksichtslosem Machtwillen reaktionärer Kräfte. Diese sind bestrebt, die Notlage der Arbeiterschaft auszunutzen, um diese zurückzuwerfen und selbst einen Vorsprung zu gewinnen. Wir haben eine systematische, antisoziale Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu verzeichnen. Wir sehen, wie rechtsradikale Parteien unterstützt und als Vorposten zur Durchsetzung reaktionärer, auf die Entrechtung der Arbeiterschaft gerichteter Bestrebungen benutzt werden. Wir erleben die demagogische, zerfetzende und unser Volksleben vergiftende Propaganda rechtsradikaler Kreise und deren Bemühungen, vor allem die Jugend für ihre im tiefsten Grunde volks- und arbeitserfindlichen Bestrebungen zu gewinnen. Nicht ohne Erfolg. Wie aber wollen wir auf die Dauer dem Ansturm begegnen, wie die Entrechtung der Arbeiterschaft abwehren, wenn in der Jugend selbst der Wille zum Kampf um das in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit Errungene nicht mehr lebendig ist? Wenn sie sich im Gegenteil durch unser Versäumnis, aus Unkenntnis und weil sie die Tragweite ihres Handelns nicht zu übersehen vermag, noch gegen die Interessen ihres Standes mißbrauchen läßt? Auch von links droht Gefahr. Der Kommunismus sucht ebenfalls die christl. Jugend mit seiner Propaganda zu erfassen, sie für die Idee eines Sowjetdeutschland zu gewinnen und mit Hilfe der Jugend die christliche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu sprengen. Bis jetzt waren diese Bemühungen erfolglos. Es gilt aber, auf der Hut zu sein. Aus all den Gründen ergibt sich die verstärkte Notwendigkeit zur Erziehung, Schulung und Erziehung der Jugend. Darum verstärkte Jugendarbeit.

Auch aus nationalen Gründen. Die Radikalisierung der Jugend von rechts und links bedeutet eine

## Unsere Jugendarbeit im Jahre 1932

Entwicklung und Schwierigkeiten

Die Entwicklung der Jugendbewegung im Verbandsbereich von der Wirtschaftskrise nicht unbeeinflusst. Schon der Ausfall an jugendlichem Nachwuchs in unserer Industrie beschränkt die Entwicklungsmöglichkeiten. Diese werden ferner auch von der Erwerbslosigkeit beeinträchtigt; waren doch von 3299 Mitgliedern der berichteten Jugendgruppen 541 oder 16,4 Prozent erwerbslos. Dabei waren die männlichen Gruppen von der Erwerbslosigkeit erheblich stärker betroffen als die weiblichen. Während bei den ersteren von 1655 Mitgliedern der berichteten Gruppen 383 oder 23,14 Prozent außer Arbeit standen, waren es bei letzteren von 1644 Mitgliedern nur 158 oder 9,6 Prozent. Ob das aus diesen Ziffern sich ergebende Bild nur Zufallsbild ist, oder ob tatsächlich die weibliche Textilarbeiterjugend allgemein von der Erwerbslosigkeit weniger betroffen wird als die männliche, vermögen wir nicht zu beurteilen, weil uns die Unterlagen fehlen.

Jedenfalls aber spiegelt sich dieses Bild auch in der Entwicklung der männlichen und weiblichen Jugendbewegung wider. Erstere weist einen Rückgang der Jugendgruppen von 84 auf 77 und der Mitgliederzahl von 2104 auf 1917 auf, während die Zahl der weiblichen Gruppen von 68 auf 80 und die Zahl der Mitglieder von 1519 auf 1806 erhöht werden konnte.

Die in der Wirtschaftskrise liegenden Hemmungen sind nicht die einzigen, die sich unserer Jugendarbeit entgegenstemmen. Mehr und mehr wird diese auch durch die um sich greifende Schichtarbeit behindert. Da letztere Beschäftigung der Spätschicht oft bis in die Nacht hinein dauert, wird die Zusammenfassung der Jugend in Gruppen und die Veranstaltung von Gruppenabenden außerordentlich erschwert.

Auch die mit der Führung der Gruppen verbundenen Schwierigkeiten sind noch lange nicht überall behoben. Wohl ist auch im verflochtenen Jahre manches zur Erleichterung der führenden Kräfte geschehen. 24 Kollegen und 12 Kolleginnen besuchten die Biermooschule in Königswinter; zwei Kollegen die Wirtschaftsschule in Düsseldorf. Darüber hinaus gaben 131 Wochenend- und sonstige Bildungskurse jungen, strebsamen Kolleginnen und Kollegen Möglichkeiten zur Wissensbereicherung. Von diesen Kursen entfielen 68 auf die männliche und 30 auf die weibliche Jugend, während 33 Kurse Mädchen und Jungens umfaßten. Dabei ist zu beachten, daß außer den bereits erwähnten Kursen noch 28 Arbeiterinnenkurse stattfanden, an denen auch die weibliche Jugend beteiligt war. Konferenzen der Führer und Führerinnen in Rheinland und Westfalen sowie in Baden, Bayern und Württemberg vermittelten Wissen über die Ursachen der Wirtschaftskrise und über deren Auswirkungen auf die Jugend sowie über die geistigen Strömungen in unserem Volke und gaben mancherlei Anregungen für die praktische Jugendarbeit. Solche Anregungen enthielten ferner die Führer- und Führerinnenbriefe und die im „Textilarbeiterführer“ erschienenen Aufsätze. Im laufenden Jahre werden wir, soweit die Verbandsfinanzen es gestatten, erweiterte Möglichkeiten schaffen müssen, durch einen regeren Gedankenaustausch in kleineren Kreisen die Jugendarbeit zu befördern. Außerdem ist erforderlich, daß tüchtige Kolleginnen und Kollegen nicht nur in der eigenen, sondern auch in benachbarten Gruppen anregend und fördernd tätig sind.

### Die Arbeit der Jugendgruppen.

Männliche Gruppen: Der gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder dienen 945 meist in Arbeitsgemeinschaft gehaltenen Vorträge. Unterhal-

tungsabende wurden 121 und Jugendwerbungsabende 46 veranstaltet. Die Zahl der unternommenen Wanderungen belief sich auf 271; davon waren Abendwanderungen 94, Halbtagswanderungen 68, Ganztagswanderungen 68 und mehrtägige Wanderungen 41. Besichtigungen wurden 92 vorgenommen. In der Ortsgruppenmitarbeit betätigten sich 253 Kollegen. 186 Kollegen nahmen an der Werbearbeit teil und erzielten 476 Neuaufnahmen. Recht gute Werbeerfolge hatten insbesondere die Jugendgruppen Augsburg mit 65, Wachen mit 49, Thaus mit 36 sowie M. Gladbach-Neumark und Mesum i. B. mit je 17 Aufnahmen aufzuweisen. Die von der Verbandsleitung gestifteten Banner wurden im Berichtsjahr als Anerkennung für die 1930 erzielten Werbeerfolge den Jugendgruppen in Wachen, Anrath, Rheine, Reutersdorf, Langenbielau, Augsburg und Rollnau zuerkannt.

Weibliche Gruppen: Die Zahl der auf den Gruppenabenden gehaltenen Vorträge belief sich auf 847, die Zahl der Wanderungen auf 181, davon 64 Halbtags-, 94 Ganztags- und 23 mehrtägige Wanderungen. Besichtigungen wurden 52 unternommen. Besichtigt wurden Bauten, Museen, Anstalten und soziale Einrichtungen. 201 Kolleginnen standen in der Ortsgruppenmitarbeit. 163 stellten sich für die Werbearbeit zur Verfügung. Sie erzielten 502 Aufnahmen. Besonders gute Werbeerfolge erzielten die Jugendgruppen Oberbruch mit 91, Emsdetten mit 47, Neufalz mit 36 und Borken mit 28 Aufnahmen. Träger der Bezirkswimpel waren im Vorjahr die Gruppen in Bieren, Oberbrunn, Greden, Reutersdorf

Die Sorge um die erwerbslosen Gruppenmitglieder beschäftigte sowohl die Verbandsjugend als auch die Gruppenleitungen. Erstere veranstaltete im Frühjahr 1931 im Jugendheim in Altenberg (Rheinland) einen von 42 erwerbslosen Jungkollegen besuchten Fortbildungskursus, der ein recht gutes Ergebnis zeitigte. Eine Anzahl erwerbsloser Kolleginnen beteiligte sich an einem von der „Christlichen Arbeiterhilfe“ im Erholungs- und Bildungsheim „Unser Haus“ in Königswinter abgehaltenen Sechstageskursus. Solche Kurse sind auch in diesem Jahre in erweitertem Umfang aufgenommen worden. Die Gruppenleitungen selbst berichten von den Bemühungen der Ortskartelle und der konfessionellen Vereine, der erwerbslosen Jugend durch Einrichtung von Kursen oder durch Veranstaltung von Vorträgen sowie durch Einrichtung von Lesestellen, Leses- und Spielräumen behilflich zu sein. Die Gruppen waren außerdem bemüht, die erwerbslosen Mitglieder in das Gemeinschaftsleben der Gruppe einzubeziehen, ihnen den Beitrag zur Jugendgruppe zu erlassen, sie kostenlos an deren Wanderungen teilnehmen zu lassen oder gesonderte Wanderungen mit ihnen zu veranstalten, ihnen die Teilnahme an Einkehrtagen und Exerzitien zu ermöglichen, Lesematerial zur Verfügung zu stellen und dergleichen.

Weibliche Gruppen vor allem berichten über praktische Wohlfahrtsarbeit an notleidenden Verbandsmitgliedern. Die Mitglieder dieser Gruppen haben in großer Bereitschaft und mit Verantwortungsgefühl Lebensmittel zusammengetragen und Kleiderstoffe verarbeitet und damit manche Not gelindert. Statistisch läßt sich diese Kleinarbeit kaum erfassen.

Somit aus dem Arbeitsbereich der Jugendgruppen. All den in der Gruppenarbeit Mitwirkenden ein herzliches Vergelt's Gott. Wir werden dieser Mitarbeit im laufenden Jahre erst recht bedürfen, um unsere Jugendbewegung trotz der Wirtschaftskrise intakt zu halten. Seien wir mit vereinter Kraft bestrebt, sie über die Not und die Wirnisse unserer Tage hinwegzureden in eine hoffentlich recht bald andbrechende bessere Zeit.

nationale Gefahr, eine Gefahr für den Bestand des deutschen Volksstaates. Eine nationale Gefahr, weil in der Jugend ein mißleitetes Nationalgefühl leicht in ein sich national gebärdendes Kraftmeiertum ausartet, das sich der Tragweite und der Auswirkungen seiner nationalstiftlichen Ueberheblichkeit gar nicht bewußt ist. Eine Gefahr für den deutschen Volksstaat, weil der in der Jugend lebendige nationale Schwung mißbraucht wird, um die einseitigen Herrschafts- und Diktaturgelüste einer kleinen, aber einflußreichen Volksschicht zu verwirklichen. Davor gilt's die Jugend zu bewahren. Zugleich aber erwacht uns die Aufgabe, in der Jugend ein gesundes, starkes, zu Opfern bereit, aber von jeder Ueberheblichkeit freies Nationalbewußtsein und ein starkes, auf die Befreiung Deutschlands von den Tribulationen und von jeder Bevormundung irgendwelcher Art gerichtetes nationales Wollen auszulösen. Es gilt eine Jugend heranzubilden, die in jedem Deutschen, der sich zu seinem Volke bekennt und zu positiver Mitarbeit an dessen Wiederaufstieg bereit ist, den Volksgenossen sieht,

eine Jugend, die jede, gleichwie geartete Bevormundung bzw. Beherrschung des Volkes durch eine Partei oder Schicht ablehnt und sich frei und offen zum deutschen, sozialen und demokratischen Volksstaat bekennt. Das ist auch Aufgabe unserer Jugendbewegung.

So betrachtet ist letzter nicht Spielerei, auch nicht eine Marotte einiger in die Jugend vernarrter Menschen, sondern Lebensnotwendigkeit für Verband und Bewegung. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für den dauernden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft und für deren Eingliederung als gleichberechtigte, mitbestimmende Schicht ins Volksganze. Darum darf die Jugendbewegung Förderung und Unterstützung von allen zur Mitarbeit im Verbandsbereich berufenen Kräften erwarten. Diese Förderung und Unterstützung soll sich nicht nur auf die männliche, sondern auch die weibliche Jugendbewegung erstrecken. Die Erziehung der jugendlichen beider Geschlechter in Jugendgruppen ist gleich notwendig. Moge dieser Appell in allen Verbandskreisen lebendigen Widerhall finden.

# Die Grenze der Belastungen

## Weitere Entrenchung der Arbeiterschaft!

Die letzten Jahre waren für das deutsche Volk außerordentlich hart und schwer. Die ganze Last eines verlorenen und in seinen Ausmaßen beispiellosen Krieges drückte es zu Boden. Während in den ersten Nachkriegsjahren die Möglichkeit bestand, durch große Auslandsanleihen den Verpflichtungen aus den Friedensverträgen nachzukommen, ist diese Möglichkeit durch die allmähliche Androssung solcher Anleihen geschwunden. Die seit Jahren anhaltende Wirtschaftskrise, deren Ausmaß in nie gekanntem Ausmaß zum Ausdruck kommt, tut noch ein Uebrigtes, um die Not und das Elend unseres Volkes ins Ungemessene zu steigern.

Der Kampf um die Verteilung der uns auferlegten Lasten auf die einzelnen Berufsschichten wird schon seit geraumer Zeit leidenschaftlich geführt. Jeder Berufsstand ist bestrebt, die Last von sich abzumägen und sie dem anderen aufzubürden. Dabei kann beobachtet werden, daß jene Berufsschichten, die nach außen hin als einheitliche und geschlossene Macht aufzutreten vermögen, ihre Position mehr und mehr verbessern zu Lasten jener Schichten, die diesen Zusammenhalt nicht aufbringen.

Gewiß, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit leidet schwer unter dem ihm aufgezwungenen Joch. Wohl an keiner Berufsschicht oder Gruppe gingen die Maßnahmen vorbei, die wiederholt getroffen werden mußten. Aber dennoch ist die Auswirkung dieser Maßnahmen auf die einzelnen Berufe recht ungleich. Es besteht sicherlich ein großer Unterschied darin, ob man von einem Arbeiter, der nur das Notdürftigste zum Leben verdient, ein Opfer fordert, oder von einem, dessen Verdienst und Einkommen noch reichlich bemessen ist. Ersterer bringt dieses Opfer, indem er seinen kärglichen Etat noch weiter abdrückt und mit seiner Familie darbt. Letzterer dagegen gibt nur ab von seinem Ueberfluß. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß sowohl Regierung wie auch Volkserziehung sich über die Grenzen der Belastung der unteren Volksschichten klar sein müssen, soll hier nicht die Verelendung ins Uferlose steigen.

Trotzdem tauchen in den letzten Tagen wieder neue Pläne auf, die geeignet sind, auch der Arbeiterschaft neue Lasten aufzubürden. Die Finanzierung der Arbeitslosenfürsorge ist stark gefährdet. Die Gemeinden sehen keine Möglichkeit mehr, die dauernd steigenden Summen für die Unterstützungsempfänger aufzubringen. Eine Steigerung der Reichszuschüsse kommt deshalb nicht in Frage, weil die Reichseinnahmen dauernd hinter den Vorausanschlägen zurückbleiben. In dieser zweifellos schwierigen Situation hat das Unternehmertum zum entscheidenden Schläge gegen die Arbeitslosenversicherung ausgeholt. In einer wahren Flut von Reden und Zeitungsartikeln sucht man den Radmeis zu führen, daß nur durch eine Verschärfung von Besteuerung und Kürzungen dem Uebel beizukommen sei. Die Arbeiterschaft ist nun da, um wenigstens einig. Sie tritt bei der Verteilung dieser Forderungen als geschlossene Gruppe auf und verweigert keineswegs ihre Wirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften.

Die Pläne der Regierung in dieser Frage sind noch nicht ganz durchsichtig. Immerhin ist die Befürchtung berechtigt, daß neue Opfer auch von der Arbeiterschaft verlangt werden. Unseren Standpunkt zur Frage der Arbeitslosenversicherung haben wir an dieser Stelle wiederholt zum Ausdruck gebracht. Wir glauben nicht an große Ersparnisse durch Zusammenlegung von Versicherung und Fürsorge. Sollte eine solche Zusammenlegung — für deren Zustandekommen wir keine Notwendigkeit einsehen, ja, die wir sogar für schädlich halten — erfolgen, so würde eine weitere Erhebung von Beiträgen nicht mehr vertretbar sein. Sie würde dann nur noch eine ganz einseitige Belastung für die Arbeitnehmer darstellen. Nach Wegfall der Versicherung müßten alle

Volkgruppen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit für die Opfer der Krise herangezogen werden, denn letztere sind nicht nur Arbeitnehmer. Gerade von diesem Gesichtspunkte aus gesehen ist für jeden einsichtigen Menschen die Aufrechterhaltung der Versicherung eine Notwendigkeit.

Wie bei der Arbeitslosenfürsorge, so bestehen zur Zeit auch Schwierigkeiten bei der Invalidenversicherung. Letztere haben sich deshalb stark zugespitzt, weil die Landesversicherungsanstalten nicht liquide sind. Ihre Vermögensbestände liegen größtenteils langfristig fest. In der Zeit, wo die Invalidenversicherung noch größere Ueberschüsse erzielte, wurden diese vielfach hergegeben zur Finanzierung von Wohnungsbauten und zur Beleihung von Staatspapieren. Jetzt, wo diese Gelder benötigt werden, lassen sie sich nicht flüssig machen. Hier wäre es eigentlich Sache des Reiches, einzuspringen. Handelt es sich um die Sanierung von Konzernen, Großbanken oder Großgrundbesitz, dann fließen die Reichsmittel recht ausgiebig. In diesem Falle, wo es sich um Sparmaßnahmen der Arbeitnehmer handelt, wäre eine solche Hilfe erst recht geboten. Statt dessen heutzutage alles darauf hin, daß weitere Kürzungen der Leistungen der Invalidenversicherung ernsthaft erwogen werden.

Die Bestrebungen der Industrie auf Abschaffung des staatlichen Schlichtungswezens sind bekannt. Das eigentliche Ziel dabei ist, zu weiteren Lohnsenkungen zu gelangen. Mit allen nur irgendwie möglichen Mitteln sucht man dies zu erreichen. Ganz einheitlich hat schon seit längerer Zeit auf der ganzen Linie der Kampf um dieses Ziel eingesetzt. Dabei scheint man sich keineswegs, den Reichsarbeitsminister in der Presse persönlich anzugreifen. Er soll unter allen Umständen ihren Forderungen auf Entrenchung der Arbeiterschaft gefügig gemacht werden.

Und die Arbeiterschaft selbst? — Entspricht ihr Verhalten dieser gefährlichen Situation? Steht auch sie wie die Unternehmerschaft einig und geschlossen da, ihre Rechte zu verteidigen? Keineswegs! Ein großer Teil derselben sieht diesen Bestrebungen der Reaktion mit verächtlichen Armen zu. Statt mitzukämpfen in den Reihen der Gewerkschaften um die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Belange, gefällt man sich in Nörgeln und Kritizieren über die hohen Verbandsbeiträge. Als ob eine Gewerkschaft in einer Krise wie der gegenwärtigen mit niedrigen Verbandsbeiträgen den Mitgliedern gegenüber ihre Verpflichtungen einhalten und dem Ansturm der Gegner trotzen könnte.

Die gesamte Reaktion hat sich in diesen Tagen einträchtig zusammengefunden, um die Gelegenheit auszunutzen und die Rechte der Arbeiterschaft zu zerschlagen. Da darf es in der Arbeiterschaft kein ungeschlossenes Zaudern geben. Mutig und entschlossen gilt es dem Ansturm der Gegner Trotz zu bieten. Vor allem muß durch stärksten Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation der starke Damm aufgerichtet werden, an dem die antisoziale Flut zerbricht. Findet die Gegenwart auf Arbeitnehmerseite nicht die genügende Anzahl mutiger und entschlossener Kämpfer, dann ist die Zukunft in Dunkel gehüllt. Die Aufgabe, die es zu meistern gilt, ist nicht leicht. Wir vertrauen jedoch auf unsere bewährten und kampferprobten Pioniere. Sie haben schon manchem Sturm standhaft widerstanden. Heute, wo es um die sozialen Belange der Arbeiterschaft schlechthin geht, wird sich ihre treue Bereitschaft zur Mitarbeit gewiß aufs neue bewähren. R. W.

# Tariffstreitigkeiten in der münsterländischen Textilindustrie

Am Mittwoch, dem 11. Mai, fanden vor dem Schlichter in Dortmund Verhandlungen in der Lohn- und Manteltariffstreitfrage für die münsterländische Textilindustrie statt. Ein Schiedspruch kam jedoch nicht zustande. Nur deshalb nicht, weil die Vertreter der Arbeitgeber vor der Abstimmung die Sitzung verließen. Damit scheinen die Arbeitgeber den Beweis erbringen zu wollen, daß ihnen weniger an einer Verständigung in der Streitfrage gelegen ist. Schlichter und Arbeiter sollen sich vielmehr ihrem einseitigen Machtanspruch beugen.

## Das ist auch deine Pflicht!

Wir leben in einer Zeit der ungeheueren Umwälzung und Umgestaltung auf fast allen Gebieten. Früher Feststehendes ist zum Teil nicht nur zur Problematik geworden, sondern wird absolut verneint, in die Märchenwelt oder in das Phantasiereich träumerischer Menschen verwiesen. Die Befürworter dieses Geschehens stellen sich in bewußtem Gegensatz zu den Leuten, die auf Grund streng konservativer Einstellung entweder allem Neuartigen entschieden verneinend entgegenzutreten oder ein stilles, zeitfremdes Leben nur für sich oder in einem eng begrenzten Kreise führen. Eine extreme Einstellung nach dieser oder jener Seite scheint aber verfehlt zu sein. Während sonst einesteils viel Kraft unnütz vergeudet wird, bleibt sie im andern Fall ungenützt liegen. Unsere Aufgabe als Gewerkschaftler muß es sein, dafür zu sorgen, daß nicht auch der Selbsthilfegedanke der Arbeiterschaft zur Problematik wird. Vielmehr muß er noch mehr als bisher in alle Arbeiterkreise hineingetragen werden, auch in jene Kreise, die bisher aus religiösen Gründen die Gestaltung dieser nüchternen, weltlichen Dinge nicht als ihre Aufgabe betrachtet haben. Gerade der Christ hat die Verpflichtung öffentlichen Wirkens!

Ob in dieser Hinsicht nicht vieles veräußt worden ist? Noch ist es Tag zum Wirken, zum gestaltungsreichen Schaffen an den Dingen, die uns zur Formung und Gestaltung angewiesen sind. Mit innerlichem Bedauern vermischen wir christlichen Gewerkschaftler bisher den öffentlichen Betätigungswillen unserer Kolleginnen und Kollegen aus dem christlichen Gemeinchaftsleben. Heute heißt es aber: Neutralität ist Verneinung christlicher Öffentlichkeitspflicht. Ein jeder Mensch hat persönliche und Gemeinchaftspflichten, d. h. auch Standespflichten. Wo diese verneint werden, besteht die große Gefahr der Verdesseerung in heutiger rationalisierter Zeit. Daher auch die Zielsetzung unseres Verbandes: Bekämpfung des Standesstolzes durch Werterkenntnis, des Wertes als Werktagmenschen auf Erden und aus der Erkenntnis, daß wir alle vor Gott gleich sind. Unser Platz ist nicht nur im Kämmerlein, in der Erbauungsstunde Gleichgesinnter, sondern als Kämpfer in dem Kreise, für den wir die Verantwortung tragen. Die eigene Erbauung soll nur Mittel sein, nicht Selbstzweck! Das wird oft perkannt. Kampfesfurcht entspricht nicht einem positiven Christentum!

Wenn die Träger des Christentums von vornherein ihrer Lehre gestaltende Kraft absprechen, sollte man sich nicht über geistlose Zeiten und Verhältnisse wundern. Nein, wir glauben an die gestaltende Macht der göttlichen Wahrheit und Lehre und halten daher zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung als zu dem Mittel der christlich-sozialen Wirtschaftsgestaltung. Viele äußere Zeichen und Zustände weisen mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit unserer Bewegung nach. Dazu einige Beispiele:

1. Die ungeheure Not weiter Arbeitnehmerfamilien. Dieser Zustand darf nicht chronisch werden. Dies aus zwei Gründen:
  - a) Kulturelle und religiöse Güter haben auf die Dauer nur da eine Pflegestätte, wo nicht der Kampf um das nackte Leben das ganze Dasein ausfüllt.

# Leben und Treiben im freiwilligen Arbeitsdienst

Vorur wir zu den Einzelheiten übergehen, möchte ich bemerken, daß es sich hier um die Lagerbewegung der evangelisch-sozialen Schule in Spandau (Johannesplatz) handelt, speziell um das Winterlager Kerkstrasse bei Randow in der Nemmark. Wie jedes Ding, so hat auch unsere Lagerbewegung eine Geschichte. Durch die sich dauernd steigende Wirtschaftskrise wurden immer mehr Arbeiter brotlos, unter ihnen auch sehr viele Jugendliche. Andererseits war festzustellen, daß in den meisten Orten noch viele Kampfbereite Landarbeiter beschäftigt wurden. Hier war nun die Stelle, wo die evangelisch-sozialen Schule, unter Leitung von Dr. v. Schöps, gründen ansetzen zu müssen. Auf der einen Seite erwerbslose Jugend, auf der anderen Seite beschäftigte Arbeiter. Es ist nun nicht so ganz einfach, Industriearbeiter von heute auf morgen in der Landwirtschaft zu beschäftigen. Für ältere Arbeiter ist es überhaupt zweifellos. Sind doch hier unüberwindliche Schwierigkeiten, wie die Eigenart der Landarbeit, die lange Arbeitszeit im Sommer, die Wohnverhältnisse, die nicht zu bezeichnenden Kulturbedürfnisse und vieles mehr. Hier sind diese Schwierigkeiten schon von der Jugend zu überwinden. Hierbei ist nun die evangelisch-sozialen Schule auf den Gedanken verfallen, die Vorteile der Lagergemeinschaft zum Zweck der saisonmäßigen Landarbeit auszunutzen. Das Lagerleben war doch schon in unzähligen Zeiten ausprobiert worden. Es wurden zuerst Umfahrlagerbetriebe eingerichtet, und zwar im Sommer 1930. In den ersten Schulungslagern wurden nur Mitglieder der E. S. J. aufgenommen. Es waren Leute aller Berufsgruppen, vom Kaufmann und Techniker bis zum ungelerten Arbeiter. In diesen Schulungslagern wurden die jungen Leute langsam an die Landarbeit herangeführt. Mit zwei Stunden Arbeit wurde angefangen bis sechs Stunden täglich. Neben dieser praktischen Landarbeit wurde auch noch theoretischer Unterricht erteilt und eine Einführung in die wichtigsten Arbeiterfragen. Nach einer sechsmonatigen Umfahrlagerzeit wurden dann die Leute dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt. Aber nicht nur bei der Umfahrlager, sondern auch im regulären Arbeitsverhältnis bewährte man sich der Lagergemeinschaft. Die einzelnen Lager erweiterter zu ergeben. Die Arbeitslager mußten nun auf den Ostern da untergebracht werden, wo die Polen gehaupt hatten. Hier setzte nun die erste Kulturarbeit ein: nämlich aus diesen Katernen mögliche und menschenwürdige Unterbringungen zu schaffen. Bei der Arbeit mußten unsere Leute nun in 16 bis

18stündiger Arbeitszeit mindestens so viel schaffen, wie früher die Polen. Dieses ist auch im allgemeinen erreicht worden. Durch den Einsatz unserer Leute in die Gutsdörfer wurde die sonst so veräußerte Polenunterkunft zu einem Kulturmittelpunkt fürs ganze Dorf.

Nun ist zu fragen, was haben denn die Arbeitslager mit dem freiwilligen Arbeitsdienst zu tun? Die Arbeit in der Landwirtschaft ist bekanntlich Saisonarbeit. Als nach Beendigung der Saison die Lager aufgelöst wurden, hier es, wohin mit den Leuten? Mittlerweile war durch Anordnung vom 5. Juni 1931 ein Gesetz zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes erlassen worden. Für unsere Lagerbewegung lag es nun sehr nahe, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Es wurden Arbeitsprojekte und -träger gesucht und gefunden. Die Dienststellen hatte die evangelisch-sozialen Schule. Die Leute, welche im Sommer in den Arbeitslagern gewesen waren und ihre Anwesenheit für die Arbeitslosenversicherung erfüllt hatten, wurden nun in den freiwilligen Arbeitsdienst übernommen.

Der freiwillige Arbeitsdienst erfordert sich bekanntlich auf 20 Wochen. Nach Ablauf der 20 Wochen ist die Jahreszeit schon wieder so weit vorgekommen, daß ca. die Einrichtung von Arbeitslagern auf den Güttern gebacht werden kann. Wir sehen also, daß auf diese Art und Weise die jungen Leute ganz aus dem Leben gerettet werden, welches bestimmt eine gute Schule für unsere Kinder ist. Hier wird auch finanziell die Grundlage geschaffen für die Gründung eines Landes. Bei der saisonmäßigen Landarbeit wird das nicht verbrauchte Geld zwangsmäßig gespart. Im freiwilligen Arbeitsdienst erhält jeder Dienstwillige unter bestimmten Voraussetzungen täglich 1,50 RM. aus Reichsgeldbetrag, welche nur für die Lebenshaltung verwendet werden dürfen und in der nicht ausgezahlt werden. Wir sehen also, es ist hier eine Grundlage für spätere Gründung geschaffen.

Welcher Art ist die Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst und was treiben die Arbeiter in ihrer freien Zeit? Die Arbeit ist verschiedenartig. Vorherrschend ist, daß die Arbeit hauptsächlich ist und allgemeinen Volkswohl zu dienen hat. Also es wird nur Arbeit ausgeführt, welche unter anderen Arbeitsbedingungen nicht ausgeführt werden könnte. Es kommen hier vor allen Dingen Entschärfungsarbeiten, Restaurationsarbeiten und Kulturarbeiten in Frage. Der freiwillige Arbeitsdienst kann aber auch für andere gemeinnützige Zwecke Arbeit leisten, z. B. beim Bau von Schulen und bei den Werken von volkswirtschaftlichen Einrichtungen. Das Lager, welches im letzten Herbst mit Kulturarbeiten in der hiesigen Kreisverwaltung beschäftigt war, hat im letzten Jahr hier einige Kulturmaßnahmen durchgeführt. Die Kulturarbeiten sind hier in der Regel im Vordergrund der Tätigkeit. Da nun der Fortschritt die Mittel zum Fortschritt sehen, wurde der freiwillige Arbeitsdienst eingerichtet.

Unser Lager hat 50 Insassen und wird mit der eben angeführten Arbeit beschäftigt. Aber nicht nur körperliche Arbeit wird geleistet, sondern auch geistige. Es wird fünf Stunden im Fort gearbeitet und zwei Stunden Unterricht erteilt. Unsere Tageseinteilung ist folgende: jeder Tag wird begonnen mit einer kurzen gemeinsamen Andacht. Nach Aufstehen der Lagerfahne und Abingen des Lagerliedes geht es mit frischem Mut an die Arbeit. Am Nachmittag sind einige Stunden frei für Sport und Spiel. Im Unterricht unterhalten wir uns über Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaftslehre, Weltanschauung, Deutsch, Arbeitserträge und aktuelle Tagesfragen. Es ist ganz klar, daß unter 50 Leuten alle möglichen Talente sind, wie Musikanten, Turner, Sportkünstler, Sänger und viele mehr. Diese Talente lassen wir nun in gemächlichen Abenden unter uns zur Geltung kommen. Verschiedentlich sind wir auch schon in den Dörfern an die Öffentlichkeit getreten mit Unterhaltungsabenden. Damit haben wir der Dorfbewohner genutzreiche Abende bereitet, und zwar ohne Alkohol und Tanz. Aus dem bisher Gelegten ist ersichtlich, daß wir in unserm Lager ein sehr abwechslungsreiches Leben führen.

Der sittliche und moralische Wert des freiwilligen Arbeitsdienstes ist nicht zu verkennen. Ist es doch für einen jungen Menschen sehr gefährlich, zur Untätigkeit verurteilt zu sein. Alle guten Eigenschaften werden zerstört. Wenn auch der freiwillige Arbeitsdienst nicht als ein Dauerzustand gewünscht wird, so ist er doch eine sehr gute Einrichtung, über die Notzeit hinwegzukommen. Es ist für einen jungen Menschen sehr nützlich, sich einmal für längere Zeit einer Ordnung zu fügen, welche nicht von ihm selbst kommt. Er muß lernen, sich aus fremdem Willen unterordnen zu können. Denn hier ist nicht das Wohl des Einzelnen entscheidend, sondern das der Allgemeinheit. Die Schule des Lagerlebens wird bestimmt für alle von großem Nutzen fürs spätere Leben sein.

Abschließend ist noch zu bemerken, daß die jungen Leute im freiwilligen Arbeitsdienst nicht die schlechtesten der deutschen Jugend sind. Sie sind gewillt, mitzuarbeiten am Aufbau der deutschen Wirtschaft. Sie verzichten auf ihre Unterhaltung und leisten hierfür Arbeit für das allgemeine Wohl. Sie sind der Untätigkeit geflohen und haben zur Selbsthilfe gegriffen. Sie verzichten auf das Angenehme des Zu-Hause-Seins und fügen sich einer Lagerordnung unter ganz primitiven Verhältnissen.

Wir sehen hier das Vollen der deutschen Jugend zum Aufstieg des Vollen des Nichtjugendgegens, das Vollen zum Leben.

Wolff & Kelsberg, Lagerführer.

# Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften

Der Vorstand des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands hat kürzlich eine

## „Erklärung zur Gewerkschaftsfrage“

veröffentlicht. In dieser sind Stellen enthalten, die auf einer Verkennung des Wesens und der Aufgaben der christlichen Gewerkschaften beruhen. Dieser Vorgang gab einer Anzahl evangelischer Führer der christlichen Gewerkschaften, die meistens auch Mitglied der evangelischen Arbeitervereine sind, Veranlassung zu einer Gegenerklärung. Aus dieser sind die Punkte aus der Erklärung des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, die zu scharfen Beanstandungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften Anlaß gaben, ersichtlich. Die Erwiderung der evangelischen christlichen Gewerkschaftsführer lautet:

„Der Gesamtverband E.A.V. hat in seiner Erklärung vom 1. April zwar in erfreulicher Weise herausgestellt, daß eine gewerkschaftsfeindliche Stellung zugleich Arbeiterfeindlichkeit bedeutet, aber behauerlicherweise glaubt er selbst gegenwärtig „gewerkschaftsbejahend und gewerkschaftskritisch zugleich“ sein zu müssen, weil die christlichen Gewerkschaften angeblich „nach konfessionell-parteilichem Rücksichten die ursprüngliche überparteiliche christliche Gewerkschaftsidee selbst verlassen und einer taktischen Annäherung an den Marxismus Platz gemacht“ haben sollen. Diesen schweren Vorwurf weisen die Unterzeichneten ganz entschieden als unhaltbar zurück. Seit mehr als 30 Jahren hat keine andere Bewegung bis zur Gegenwart dermaßen erkennbar in der Öffentlichkeit ihre Ablehnung des Marxismus in wirtschaftlicher und religiöser Beziehung dargetan, wie die christlichen Gewerkschaften. Wenn in der Nachkriegszeit zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen eine gewisse Annäherung in der Gewerkschaftstaktik eingetreten ist, dann ist das ein Verdienst der christlichen Gewerkschaften, die durch ihre Beharrlichkeit erreicht haben, daß selbst die freien Gewerkschaften weiterhin in der Praxis heute das tun, was die christlichen Gewerkschaften schon vor dem Kriege gefordert haben. Die Aenderung in der Gewerkschaftstaktik hat natürlich noch keineswegs den marxistisch-sozialistischen Grundcharakter der freien Gewerkschaften verändert. Aber noch viel weniger ist die christliche Gewerkschaftsidee irgendwie beeinträchtigt oder gar verlassen worden, vielmehr hat sie in den Stürmen der Revolution sowohl wie im heutigen Ansturm der sozialen Reaktion erst recht ihre Festigung erfahren.

Nun sind aber die christlichen Gewerkschaften keineswegs nur „aus Protest gegen die ständige Verletzung der politischen und religiösen Neutralität der freien Gewerkschaften“ entstanden, sondern vor allem auch zur entgegengesetzten Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. Das bewirkt ganz von selbst auch ein taktisches Zusammengehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, wenn das gemeinsame Arbeiterinteresse gegenüber den Gewerkschaftsgegnern es erfordert. Das ändert aber gar nichts an der weltanschaulichen Grundlage der christlichen Gewerkschaften, die nach wie vor sich zum Christentum und zur Volksgemeinschaft bekennen.

Auch die „Überparteilichkeit“ der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist unerschütterlich, wie sich von selbst aus der Zugehörigkeit von christlichen Gewerkschaftsmitgliedern zu verschiedenen nichtsozialistischen Parteien ergibt. Aber es ist eine absolut falsche Deutung der par-

teipolitischen Neutralität, wenn den christlichen Gewerkschaften ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie sozialreaktionäre Bestrebungen politischer Parteien, namentlich wenn deren Gewerkschaftsfeindlichkeit offenkundig ist, bekämpfen, wo sie angutreffen sind. Wenn das unangenehm ist, der mag das Verhalten der betreffenden Parteien kritisieren und nicht die christlichen Gewerkschaften, die hier in berechtigter Abwehr stehen.

Wenn die E.A.V.-Bewegung das Lebensrecht der Gewerkschaft als wirtschaftliche Interessenvertretung in ihrer Erklärung wie in ihrem Essener Programm von 1931 erfreulicherweise bejaht, dann darf sie sich aber nicht zu einer schiefen Beurteilung verleiten lassen, die einer einseitig parteipolitischen Anschauung entspringt.

Auch die Bildung der „Volksfront“, über die man verschiedener Meinung sein kann, bedeutet keine Preisgabe der Grundidee der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Auf die wirksame Abwehr des politischen Radikalismus, der sich sowohl in der modernen Gottlosenbewegung des Bolschewismus als auch in dem Neuheidentum des Nationalsozialismus zeigt, kann nicht verzichtet werden.

Die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und die Abweisung illegaler Bestrebungen muß gemäß in erster Linie Aufgabe des Staates und seiner Machtmittel sein. Wo diese aber nicht ausreichen, muß die Arbeiterschaft zu ihrem bewährten Mittel der Selbsthilfe greifen, zumal dann, wenn der Bestand der Arbeiterrechte und die Existenz einer selbständigen Arbeiterbewegung bedroht erscheinen.

Daß die evangelischen Arbeitervereine nicht von vornherein vor Bildung der Volksfront um ihre Beteiligung gebeten wurden, bedauern wir; zum Teil ist das jedoch der unklaren Haltung der E.A.V.-Bewegung selbst zuzuschreiben, die nicht einmal zur Reichspräsidentenwahl eine eindeutige Parole für ihr Ehrenmitglied Hindenburg herauszugeben vermochte.

Auch das in der E.A.V.-Erklärung gestellte Verlangen, daß „die Gewerkschaften sich freimachen sollen von der falschen Auffassung, von ihrem Standort aus die letzten Fragen von Staat, Nation, Kultur und Kirche als verlängerte Interessenlinie lösen zu können“, ist gegenüber den christlichen Gewerkschaften deshalb unberechtigt, weil letztere sich selbst der Grenzen ihrer Arbeit bemußt sind. Aber sie werden es sich nicht nehmen lassen, auch von ihrem Standort zu den Fragen von Staat, Nation und Kultur wie bisher Stellung zu nehmen, während von ihnen in „die letzten Fragen der Kirche“ überhaupt nie hineingeredet worden ist.

Die christlichen Gewerkschaften anerkennen durchaus die Existenz der konfessionellen Arbeiterbewegung und damit auch der evangelischen Arbeitervereine; deren in neuerer Zeit verstärkter ständischer Wollen aus ihrer religiös-sittlichen Grundeinstellung heraus nur zu begrüßen ist. Aber wir erwarten, daß der Gesamtverband E.A.V. seine Erklärung zur Gewerkschaftsfrage revidieren und sich wieder wie früher zur treuen Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften bekennen wird.

Bez. Franz Behrens, Fritz Melcher, Erich Holter, Friedrich Baltrusch, Emil Randzja, G. Hülfert, F. Meystre, Günther Bergemann, Julius Herrmann, R. Duden, Andreas Kupp, Frieda Haupt, Seint. Krömmelbein, S. Tiemann, Wina Amann, Paul Thranert, Emil Hartwig, Erich Blum.

b) Heimstätten, in denen Not und Sorge nicht von der Schwelle weichen, sind Brutstätten aller jener Elemente, deren Treiben wir nicht gutheißen können.

Daß aber im Kampf gegen unsere Not die christliche Gewerkschaftsbewegung die beste Waffe ist, hat die Vergangenheit zur Genüge gelehrt.

2. Die Tatsache des Bestehens der sozialen Reaktion. Daß starke Kräfte gegen uns am Werke sind, wird niemand ernsthaft bestreiten können. Für uns Arbeitnehmer steht vieles, wenn nicht alles auf dem Spiel. Das lehrt uns das tägliche Vorkommen nur allzu deutlich. Wie sollen wir aber den Kampf aufnehmen und bestehen können, wenn der Selbsthilfegedanke in der Arbeiterschaft nicht erhalten und nicht weiter ausgebaut wird?

Daß angesichts allein dieser Tatsache Neutralität nicht am Platze ist, sollte zur Einsicht aller verantwortungsbewußten Arbeitnehmer gehören. Sino kommt, daß der Radikalismus von links und rechts gerade in der Arbeiterschaft gegenwärtig die höchsten Triumphe feiert und die Religionsfeindlichkeit wie schleichendes Gift unser Volksleben durchsetzt. Dem radikalen Gebaren muß die besonnene Tat, dem Anti- und Wortschriftentum die positive Lebens- und Gemeinschaftsgestaltung auch im Werktagsleben entgegengesetzt werden. Also nochmals:

Heraus aus Passivität und Neutralität! Auf zur Tat! W. Gsl.

## Aufwertungstreit gegen Werksparkasse der Baumwollspinn- und Weberei Arlen

Ein großer Erfolg des christlichen Textilarbeiterverbandes.

(Bereits in Nr. 15 unserer Verbandszeitung brachten wir einen kurzen Bericht über den Tatbestand. Wir lassen nunmehr, nach Zustellung der Gerichtsurteilung, eine ausführliche Darstellung des Falles folgen.)

Die Schriftleitung.) Im Betriebe der Baumwollspinn- und Weberei Arlen, mit Werken in Arlen und Volkertshausen, bestand vor dem Kriege eine Werksparkasse. Diese Kasse wurde in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegründet. Die Arbeiter haben jahrzehntelang der Kasse ihre Spargelder anvertraut, so daß bei Kriegsausbruch ansehnliche Summen in der Kasse vorhanden waren. Dies wurde durch größte Sparfahigkeit der Arbeiter und das Anwachsen der Zinsen erreicht. Durch die Inflation wurde nun auch das Vermögen der Werksparkasse angeblich aufgezehrt. Im Jahre 1924 hat die Firma die Guthaben mit 15 Prozent aufgemerzt und die Sparbücher eingezogen. Spätere Forderungen der Sparer, eine höhere Aufwertung zu gewähren, wurden von der Firma stets abgelehnt.

Im August 1929 wurde der Hauptbetrieb in Arlen stillgelegt. In diesem Betriebe kamen Leute zur Entlassung, die 50 und 60 Jahre daselbst gearbeitet hatten. Diese standen nun vor einem Nichts. Ihre jahrzehntelang, unter größten persönlichen Opfern zusammengeparten Gelder waren dahin und eine Arbeitsmöglichkeit war für sie nicht mehr vorhanden. Der christliche Textilarbeiterverband in Singen nahm sich dieser armen Leute an und versuchte, für sie wenigstens einen Teil ihrer sauer ersparten Groschen zu retten. Ein an die Firma gerichteter Besuch, eine weitere Aufwertung vorzunehmen, blieb erfolglos. Es blieb kein anderer Weg, als gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Firma erklärte, sie fühle sich nicht verpflichtet, eine weitere Aufwertung vorzunehmen, da die Aufwertungsgläubiger mit der vorbehaltslosen Annahme der 15prozentigen Aufwertung im Jahre 1924 einverstanden gewesen seien.

Auch die Verzinsungseinde wurde seitens der Firma geltend gemacht. Vor allen Dingen stützte die Firma sich aber auf die Bestimmungen des § 63 Abs. 2 Ziffer 6 des Aufwertungsgesetzes. Hiernach wurde bestritten, daß die Firma die Spargelder für ihre Zwecke verwendet hätte, wie dies seitens der Aufwertungsgläubiger behauptet wurde. Die Firma stellte sich auf den Standpunkt, daß eine höhere Aufwertung nicht in Frage kommen könne, da sie die Spargelder gefordert verwaltet und hieraus keinen Nutzen gezogen hätte. Die Sparer jedoch, vertreten durch den christlichen Textilarbeiterverband, stellten sich auf den entgegengesetzten Standpunkt und behaupteten, daß die Einlagen der Sparkasse im Betriebe Verwendung gefunden hätten. Um hierüber Klarheit zu erhalten, wurde seitens des Gerichts ein Sachverständiger ernannt, der auf Grund der Bücherprüfungen feststellen sollte, wie die Spargelder angelegt und verwaltet wurden. Das Gutachten des Sachverständigen brachte dann auch überraschende Aufklärung.

Die Einlagen der Werksparkasse waren vor dem Kriege durch schweizerische und amerikanische Werte gut gedeckt. Auch wurde das Vermögen vom Betriebsvermögen getrennt verwaltet. Im Jahre 1920 wurden diese ausländischen Werte durch das Reich eingefordert. Die Firma erhielt dafür rund 1.800.000 Mark. Hiervon wurden aber nur rund 200.000 Mark der Kasse zugeführt, und dies erst einige Monate später. Rund 1.600.000 Mark wurden im Betriebe verwendet, ohne dafür der Werksparkasse Ersatz zu leisten. Auch im Jahre 1921 wurde der restliche Bestand dieser ausländischen Werte in Höhe von 48.000 Schweizer Franken für die Firma verwendet, dafür aber nur der friedensmäßige Anschaffungspreis in Mark ersetzt. Bei der damals schon recht erheblichen Entwertung der Mark hat die Firma dadurch ein gutes Geschäft gemacht. Durch diese Feststellungen des Sachverständigen wurde einwandfrei der Nachweis erbracht, daß die Firma die Spargelder ihrer Arbeiterschaft für ihre Zwecke verwendet hat. So stand auch eine höhere Aufwertungspflicht fest. Für das Gericht war durch dieses Gutachten der Tatbestand geklärt und hat es entschieden, daß eine höhere Aufwertung Platz greifen müsse. Insgesamt müssen jetzt 40 Prozent der eingelegten Gelder aufgemerzt werden, wovon jedoch die im Jahre 1924 bereits aufgewerteten 15 Prozent abgehen, so daß jetzt noch 25 Prozent zur Auszahlung kommen. In Mark umgerechnet ergibt dies die Summe von 70.000 bis 80.000 Mark. Neben der rein rechtlichen Feststellung, daß eine höhere Aufwertung Platz greifen müsse, hat das Gericht auch festgestellt, daß die Arbeiterschaft wesentlich Anteil daran hatte, daß der Betrieb die Inflationszeit überleben konnte. Auch in Anbe-

tracht der langjährigen Tätigkeit der Arbeiter im Betriebe müsse eine weitere Aufwertung gezahlt werden. Nur die gegenwärtige Wirtschaftslage, die auch an dem Betriebe nicht spurlos vorbei gehe, lasse es nicht zu, eine noch höhere Aufwertungspflicht anzuerkennen.

Durch die Tätigkeit des christlichen Textilarbeiterverbandes, mit Unterstützung des katholischen Arbeitersekretariats in Karlsruhe und anderer Stellen konnte dieser Erfolg errungen werden. Dadurch haben die christlichen Gewerkschaften erneut bewiesen, daß sie die Interessen der Arbeiterschaft stets mit allen Kräften wahrnehmen. Die Vorgeschichte des Prozesses zeigt auch, daß die Arbeiterschaft von ihren Spargeldern nichts mehr gesehen hätte, wenn nicht der christliche Textilarbeiterverband sich der Sache angenommen hätte.

## Evangelische Arbeiterführer und Politik

Am 3. Mai beschäftigten sich führende evangelische Mitglieder des christlichen Gewerkschaften mit der politischen Lage, wie sie durch den Ausfall der preußischen Landtagswahl für den evangelischen Teil der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung entstanden ist. Einmütig waren die verschiedenen Parteien angehörenden Arbeiterführer der Ansicht, daß die sozialreaktionären Strömungen im Nationalsozialismus und seine Feindschaft gegen jede wirklich selbständige Gewerkschaftsbewegung die schärfste Aufmerksamkeit und Abwehr erfordern.

Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der einen geschlossenen politischen Einsatz der evangelischen Arbeiterschaft für die Durchsetzung christlich-sozialer Grundsätze in der praktischen Politik anbahnen soll. Er wird binnen kurzem die Ergebnisse seiner Arbeit in einem Aufruf an die evangelische Arbeiterschaft bekanntgeben. Der Ausschuß besteht aus den Gewerkschafts- bzw. Arbeiterführern: Behrens, Baltrusch, Hartwig, Thranert, D. Rummels, R. Duden, Randzja, Meystre, Hülfert, M. Amann, S. Krömmelbein.

## Halbe Erkenntnis

Die „Köln. Zeitung“ Nr. 249 vom 7. Mai 1932 beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit dem Fehlbetrag des Haushaltsjahres für 1932. Sie wendet sich dabei gegen jede weitere Steuererhöhung und begründet dies folgendermaßen: „Die Grenze, wo man einen Staat durch Ab-

gaben sanieren kann, ist bei uns wirklich überschritten. Und was man durch erhöhte Abgaben wegnimmt, das schränkt doch die Verbrauchsfähigkeit ein und erhöht durch diese Einschränkung die Arbeitslosigkeit.“

Dieser Begründung kann man sicher durchaus zustimmen. Nur wäre zu wünschen, daß die „Köln. Zeitung“ diese Erkenntnis auch dann gelten ließe, wenn es sich um weitere Lohnsenkungen handelt. Lohnsenkungen schränken doch auch die Verbrauchsfähigkeit ein und erhöhen durch diese Einschränkung die Arbeitslosigkeit. Was jedoch in der Steuerfrage von ihr als richtig anerkannt wird, das wird in der Lohnfrage aufs äußerste bestritten. Es besteht ja auch in beiden Fragen insofern ein Unterschied, als die Steuer auch die Kreise um die „Köln. Zeitung“ erfaßt, während Lohnkürzungen nur dem Arbeitnehmer aufgepackt werden. Diese verschiedenartige Stellungnahme in Fragen von gleicher Wirkung ist zwar nicht logisch, entspricht aber durchaus den Gedankengängen im Lager der Schatzmacher.

## Der Wochenlohn des deutschen Arbeiters

Nach den Ausweisen über die vereinnahmten Wochenbeiträge in der Invalidenversicherung auf die einzelnen Lohnklassen verdient im Jahre 1931 die Hälfte aller deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu 24 RM. in der Woche. Die unteren Lohnklassen 1 bis 4, d. h. bis zu 24 RM. Wochenlohn, sind alle sehr stark besetzt. In der Lohnklasse 2 von 6—12 RM. Wochenlohn befinden sich 2,7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen und in der Lohnklasse 3 bis zu 18 RM. Wochenlohn 3,6 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen. Am stärksten besetzt ist die Lohnklasse 7 (über 36 RM. Wochenlohn) mit 4,9 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen. In der Invalidenversicherung sind rund 18 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen versichert. Da nach der Aufstellung der Invalidenversicherung diese Löhne nur für das Jahr 1931 als Jahresdurchschnittslohn angesehen werden müssen und ab 1. Januar 1932 eine allgemeine, bis zu 15 v. H. gehende Lohnlenkung stattgefunden hat, werden wohl heute zwei Drittel aller Arbeiter und Arbeiterinnen kaum mehr als 24 RM. in der Woche verdienen. Gerade die Zahlen über die Verteilung der vereinnahmten Wochenbeiträge auf die einzelnen Lohnklassen in der Invalidenversicherung sind eine ungewöhnlich deutliche Illustration und eine selten genaue Unterlage über den Wochenlohn des deutschen Arbeiters.

### Die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1931.

Die Entwicklung der Sozialversicherung im Jahre 1931 wurde durch den Ablauf der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage bestimmt. Innerhalb dieses übertragenden Einflusses wirkten sich die Gesetzesänderungen durch die Notverordnungen aus. Allenfalls gingen die Mitgliederzahlen der einzelnen Sozialversicherungszweige zum Teil recht erheblich zurück. Die Inanspruchnahme der Rentenversicherungen stieg dagegen an; nur in der Krankenversicherung war sie geringer als in irgend einem Jahre seit 1923. Infolgedessen erhöhten sich in der Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung die Ausgaben weiter, während die übrigen Versicherungen einen Rückgang der Aufwendungen verzeichnen konnten. In hohem Maße verminderten sich die Einnahmen sämtlicher Versicherungszweige unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit und der Lohnkürzungen. In der Krankenversicherung haben die 1930 erfolgten Beitragserhöhungen erst im neuen Jahre ihre volle Wirkung erkennen lassen. Mit der einzigen Ausnahme der Angestelltenversicherung reichten daher die laufenden Einnahmen nicht mehr zur Deckung der Ausgaben aus. Die Lage der Arbeitslosenversicherung muß schon, da sie in ihrem Geschäftsjahr an das Etatjahr gebunden ist, aus dieser Betrachtung ausscheiden.

Die Gesamteinnahmen in der Krankenversicherung betragen 85,22 Millionen RM., darunter befanden sich 79,75 Millionen RM. Einnahmen aus Beiträgen. Die Gesamtausgaben waren nur um rund 100.000 RM. höher als im Vorjahre 1930 mit 86,10 Millionen RM. Die Ausgaben für Krankengeld sind aber unter dem Einfluß der ersten Notverordnung recht erheblich gesunken. Sie betragen noch im Jahre 1930 78,4 Millionen RM. und sanken um über 50 Millionen RM. auf 22,46 Millionen RM. im Jahre 1931. In der Invalidenversicherung stehen den Beitragseinnahmen mit 81,8 Millionen RM. Renten in Höhe von 137,7 Millionen RM. gegenüber. Die Beitragseinnahmen der Angestelltenversicherung überstiegen um 140 Mill. RM. die Rentenzahlungen. Sie betragen 345,3 Millionen RM. bei 205,3 Millionen RM. Ausgaben für die Rentenzahlung. In der knappschafflichen Pensionsversicherung lagen dagegen wiederum die Beitragseinnahmen recht erheblich unter dem Leistungsaufwand. Die Beitragseinnahmen haben die Summe von 120,2 Millionen RM. erreicht, dagegen mußte die knappschaffliche Pensionsversicherung einen Leistungsaufwand von 212,0 Millionen bereitstellen.

Im Jahre 1931 waren bei den einzelnen Trägern der Sozialversicherung schätzungsweise 23,1 Millionen Personen gegen Unfallfolgen, 2,4 Millionen Personen gegen Invalidität und Altersfolgen, 20,6 Millionen Personen gegen Krankheit und 14,2 Millionen Personen gegen Arbeitslosigkeit versichert. Zählt man die Rentempfangler, die Volljahresskranken und die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1931 fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches, nämlich 7.600.000 Personen, von der Sozialversicherung versorgt wird.

Im gesamten gesehen sind die Beitragseinnahmen von 1930 auf 1931 um etwa 496 Millionen RM. gesunken. Die Reichszuschüsse und Reichbeiträge haben sich aber auch erheblich, und zwar um 36,4 v. H. vermindert. Die Ueberweisungen an die Invalidenversicherung aus den Zollerträgen wurden erneut gekürzt. Die Zuschüsse aus dem Lohnsteueraufkommen fielen fort. Die Krankenversicherung erhielt für die Familienwochenhilfe nur eine geringfügige Entschädigung. Dagegen wurde der knappschafflichen Pensionsversicherung aus Zolldeduktionen und sonstigen Reichsmitteln ein größerer Betrag zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit überwiesen. Die Gesamtzahlungen des Reiches an die Sozialversicherung betrugen im Jahre 1931 nur noch rund 702 Millionen RM. gegenüber 1087 Millionen RM. im Vorjahre. Die gesamten Einnahmen stellten sich auf 5,6 Milliarden RM. gegenüber 6,5 Milld. RM. im Jahre 1930. Die gesamten Ausgaben beliefen sich ebenfalls auf etwa 5,6 Milld. RM. gegen 6,2 Milliarden RM. im Vorjahre. Während im Jahre 1930 noch ein Ueberchuß der Einnahmen über die Ausgaben von 463 Millionen RM. vorhanden war, schloß das Jahr 1931 mit einem Fehlbetrag von 17 Millionen RM. ab. Zieht man die Arbeitslosenversicherung an dieser Stelle in die Betrachtung herein, dann ergibt sich jedoch noch ein Ueberchuß von 77,3 Millionen RM. Das gesamte Vermögen der deutschen Sozialversicherung ohne die Arbeitslosenversicherung stellt sich 1931 auf rund 4,6 Milliarden Reichsmark.

### Allgemeine Rundschau

#### Evangelischer Arbeiterkurs

Die Evangelisch-soziale Schule im Johannisplatz Spandau veranstaltet vom 2. Juni bis 2. Juli einen 6-wöchigen Kurs für evangelische Arbeiter. Auf diesen Kurs werden von der Grundidee des evangelischen Glaubens aus die Lebensfragen der Kirche, des Volkes und Staates sowie des Arbeiterstandes behandelt. Neben einer gründlichen Klärung und Vertiefung der Fragen des heutigen Weltanschauungskampfes werden Wirtschaftspraxis, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung besonders gründlich durchgearbeitet. Das geschieht in der Form der Arbeitsgemeinschaft, wobei auch Redebungen, Organisations- und Beramaltungslehre einbezogen werden. Der Kurs hat überaus reiche Charaktere.

Als Teilnehmer sind vor allem junge evangelische Arbeiter im Alter von etwa 20 bis 35 Jahren erwünscht, die sich in der praktischen Mitarbeit in der evangelischen bzw. christlichen Grundbewegung bereits betätigt haben. Meldungen und Anfragen sind an die Evangelisch-soziale Schule e. V. Berlin-Spandau, Johannisplatz, zu richten. Die Teilnehmergebühr einschließlich Verpflegung und Unterkunft beträgt 75,- RM.

#### Preussische Landeute und Parteizugehörigkeit

Preußen hat 407 Landeute. Davon sind 82 abfällig gegenüber 203 in der Weimarerzeit. Parteizugehörigkeit: 407 Landeute, die meisten zur Deutschen Nationalen Volkspartei, nämlich 131. Zum Zentrum gehören 85, zur Deutschen Volkspartei 74, zur Sozialdemokratischen Partei 22 und zu den Demokraten 22.

### Die Rolle, die das Volk im dritten Reich zu spielen hat.

Wenn es zutrifft, daß nur die dümmsten Käiber ihre Meßger selber wählen, dann muß es um die geistige Verfassung großer Teile unseres Volkes sehr schlecht bestellt sein. Trotzdem alle grundsätzlichen Verlaubarungen Hitlers und seiner programmatischen Mitarbeiter das Volk in die frühere Rolle rechtloser Untertanen zurückzuführen wollen, sehen sie in der Staatspolitik der großen Phrasen und Massensuggestion nicht den Betrug, den ihre Führer mit ihnen vorhaben. Würden sie ihre Meßger nicht bloß mit den Zirkuspiselen auf der Straße und in Sportplätzen ausfüllen, sondern in der Stille ihres Kammerleins einmal das nachlesen, was ihre Führer schreiben, dann würden sie beispielsweise auf folgende Stelle des Buches ihres Kulturpolitikers Rosenberg, „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, stoßen: „Gott Stimmzettel ist ein leerer, schmütziger Bispel, das vierzwanziggleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht ein Zerstückelungswerk volksfeindlicher Demagogen. Dieses allgemeine Stimmrecht soll also der Frau genommen werden? Ja — und dem Manne auch! Ein völkischer Staat wird Wahlen nicht durch anonyme — männliche und weibliche — Massen vornehmen lassen, sondern durch verantwortliche Persönlichkeiten.“ Vielleicht haben die Hitlerhüpflinge mit der Einschätzung ihrer eigenen Massen nicht so ganz unrecht. Oder sollten gar die Wähler Hitlers die verwegene Hoffnung haben, im Dritten Reich alle miteinander Führer zu werden, also die Herrschaft darzustellen, neben der es nur noch Kulis gibt. Auf jeden Fall haben sie sich arg in die Finger geschnitten. Die aktive und gewerkschaftlich geschulte Arbeiterkraft wird sich solcher Entrechtung mit allen Mitteln zu widersetzen wissen.

### Arbeitsvermittlung des Stahlhelms gescheitert!

Es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, daß politische Verbände und Organisationen auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung eine lebhaftige Tätigkeit ausüben. Die Gründe, die sie dazu veranlassen, lassen sich unjünger erraten. Es ist das, was man bei den Trägern des jetzigen „Systems“ bekämpft, nämlich die Bevorzugung der Partei- oder Verbandsmitglieder bei der Stellenbesetzung. Das A. B. V. G. verbietet eine arbeitsvermittelnde Einrichtung der politischen Parteien und Verbände. Der Geschäftsführer des Stahlhelms in Forst A.-L. hatte sich dieserhalb vor Gericht zu verantworten. Er hatte Mitgliedern des Stahlhelms kostenlos Stellen vermittelt. Das Amtsgericht Forst A.-L. sprach ihn frei, weil der Stahlhelm nicht als politische Partei oder Organisation angesehen werden könne. In der Revision hob der 3. Strafsenat des Kammergerichts die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung an das Amtsgericht zurück. In der Entscheidung wird u. a. ausgeführt, „es kommt ein nicht gewerkschaftlicher Arbeitsnachweis in Betracht, welchen politische Parteien oder Organisationen von politischen Parteien nach dem Stellenvermittlungsgesetz nicht einrichten dürfen. Der Stahlhelm sei von Frontsoldaten und nicht von politischen Parteien gebildet und beherrscht worden. Es sei aber noch zu prüfen, ob der Stahlhelm eine Einrichtung zu dem Zweck geschaffen habe, Arbeit zu vermitteln; eine solche Einrichtung sei nur dann anzunehmen, wenn ein persönlicher oder sachlicher Apparat für solchen Arbeitsnachweis vorhanden gewesen sei. Sabe der Stahlhelm solche Einrichtung schon vor dem 1. Oktober 1922 gehabt, so würde sie auch weiter bestehen können; sei aber solche Einrichtung später begründet worden, so würde eine Konzession erforderlich sein. Der angeklagte Mann würde sich nur dann strafbar gemacht haben, wenn der Arbeitsnachweis als Einrichtung anzunehmen und damit ohne Konzession nach dem 1. Oktober 1922 begonnen worden sei.“

### Aus der Jugendbewegung

#### Bezirksjugendtreffen der christlichen Gewerkschaftsjugend Düsseldorf

Die christlichen Gewerkschaften von Düsseldorf riefen ihre Jugendgruppen am 1. Mai zu einer machtvollen Kundgebung nach Schirgiswalde. Der schöne und geräumige Saal des Elfa-Bühnenvereins vereinigte die Teilnehmer des Jugendtreffens. Nach einem Aufmarsch, geleitet von Mitgliedern der Jugendgruppe Schirgiswalde, begrüßte dann Kollege Lammert, Schirgiswalde, in kurzer Ansprache die zahlreich erschienenen auf das herzlichste, in besonderer Weise die geladenen Gäste, u. a. die Vertreter der Stadt Schirgiswalde und den Bezirksleiter Röll. Heinrich Pöcher, Dresden. Einen würdigen Auftakt des Ganzen schloß der nun folgende Prolog: „Deutsche Jugend“ von dem bekannten Arbeiterdichter Heinrich Verjag. Denselben sprach als junger Schmeiß in packender Darstellung ein Jungmann der Jugendgruppe Lentersdorf.

Hierauf sprach Bezirksleiter H. Pöcher eindringliche, weise Worte an alle Teilnehmer der heutigen Kundgebung und im besonderen an die Jugend. Sie ist es, die in Zukunft mitverantwortlich Träger deutscher Volksgemeinschaft sein wird und muß. Die Jugend kann aber nur fruchtbringend gestalten, wenn sie die nötige Reife und den sittlichen Ernst in sich birgt. Die Jugend muß sich auch von den so radikal gebärdenden Parteien und Richtungen abwenden. Sie muß der Erkenntnis Raum geben, daß wir ein armes Volk sind, arm an Raum und natürlichen Rohstoffquellen, arm geworden aber auch durch den Verlust des Krieges — und mancher politischen Fehler. Nur einiges und verantwortliches Handeln aller, vermag die Zukunft unseres Volkes lichtvoller zu gestalten. Sein Vortrag klang aus in den Worten: Die christlichen Gewerkschaften und ihre Jugendgruppen stehen fester denn je. Wir wollen auch weiterhin den guten Kampf kämpfen für die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Menschenwürde für alle. — Reicher Beifall dankte dem Redner für seine so tiefempfundene Worte.

Im Anschluß daran gelangte der würdige Sprecher „Hinauf zum Licht“ zur Ausführung, welcher von der christlichen Gewerkschaftsjugend Lentersdorf auf das trefflichste verkörpert wurde.

Der zweite Teil brachte neben Gesang und Aufführungen ein kleines, von der Jugendgruppe Schirgiswalde auf gegebenes Theaterstück. Am Schluß der eindrucksvollen Veranstaltung wurde eine Entschließung, welche der Reichsjugendleitung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands überreicht werden soll, einstimmig angenommen.

Die Entschließung weist hin auf die Gefahren, die die Erwerbslosigkeit insbesondere für die Jugend in sich birgt und fordert Maßnahmen zur Beschäftigung der Familienmitglieder und der erwerbslosen Jugend. Verlangt wird vor allem die Einführung der 40-stündigen Arbeitswoche. Weiter äußert die Entschließung starke Bedenken gegen den Plan des Reichsinnenministers, zur Förderung des Volksgemeinschaftsgebändes die Jugend aller Richtungen in einseitigen Sportorganisationen zusammenzufassen. Sie verlangt, daß alle dortigen Maßnahmen nur in Uebereinstimmung mit den bestehenden freien Jugendverbänden getroffen werden. Die christliche Gewerkschaftsjugend sehe als wesentliches Ziel dieser jugendpflegerischen Maßnahmen an: Die Jugend in die volle und verantwortliche Zusammenhänge einzuführen und ihr die reichliche Erziehung des deutschen Kulturvolkes anzubringen. Sie sei nach wie vor bereit, sich auch weiterhin ganz in den Dienst unseres Volkes und Staates zu stellen, um so auch weiterhin an der Ueberwindung der gegenwärtigen Notzeit mitzuarbeiten.

#### Die Jugendbewegung der Gewerkschaften

Eine Halbtagswanderung verband mit einem Mittagessen am Sonntag die Gewerkschaftsjugendgruppe des christlichen Verbands Lentersdorf. Als Wanderziel war der Nachbarort Doer gewählt. Früh um 10 Uhr beten sich 25 Kolleginnen

eingefunden, welche nun unter Führung ihrer Gruppenleiterin durch die Bauernschaften Dunte, Aft, Altdorf dem Wanderziele zustrebten. Nachdem in Doer der Sonntagspflicht Genüge geleistet, wurde im Verkehrslokal der christlichen Gewerkschaften, Gastwirtchaft Güttemann, der Morgenkaffee eingenommen. Vom Vorstand der Gruppe Doer auf das herzlichste begrüßt, verweilte man noch ein Stündchen im Kreise der gastfreundlichen Nachbargruppe. Besondere Aufmerksamkeit erweckte in Doer die neue schmucke Wanderkleidung der Borghorster Gruppe, welche zu diesem Ausfluge zum ersten Male getragen wurde. Kurz nach 10 Uhr wurde der Rückweg durch die Nabauerstraße, Wilsberg angetreten. Manches frohe Wanderlied wurde gesungen. Gegen Mittag langten die Ausflügler wohlbehalten wieder in der Heimat an, in dem Bewußtsein, eine schöne Tour gemacht und im Kreise gleichgesinnter Kolleginnen im Nachbarorte einige angenehme Stunden verbracht zu haben. Die nächste Abendwanderung wurde auf die zweite Maihälfte festgelegt. Im Juni ist eine große Tageswanderung geplant.

### Reise der Arbeiterinnengruppe Breden.

„Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus; da bleibe wer Lust hat, mit Sorgen zu Haus“, schallte es am Samstag, dem 7. Mai, aus zwei großen Kraftwagen, die die Arbeiterinnen von Breden nach Hohenlyburg brachten. Pünktlich um 2 Uhr mittags ging die Fahrt los über Stadlohn, Coesfeld zunächst nach Dülmen, wo das erstmalig Halt gemacht wurde, weil von dort die Kollegin Küper mitfuhr. Weiter über Lüdinhagen, Selm, Lünen kamen wir gegen 5 Uhr in Dortmund an. Dortselbst hielten wir uns zwei Stunden auf, um auch einiges von der großen Industriestadt zu sehen. Gegen 7,30 Uhr hatten wir dann die Jugendherberge Hohenlyburg erreicht. Liebesvoll nahmen uns die Herbergseltern auf. Nach am Abend haben wir „des Berges Hah“ erklimmt. Das Tal zu unseren Füßen war ein einziges Meer. Mit einer kurzen, schlichten Abendfeier unter freiem Himmel schloffen wir den ersten Tag ab.

Am andern Morgen 4,30 Uhr war Wecken, 5,30 Uhr Aufbrechen, und hinein ging's in den schönen, klaren Morgen. III. das Schöne, was sich dort von den Bergen aus dem Auge kredenzte, zu schildern, gestattet der Raum hier nicht. Klar, als hätte im nahen Wald eine Gruppe Menschen mitgesungen, gab das Echo uns den Morgengruß zurück, den wir hinausschickten zu dem, der uns zur Freude die ganze Natur geschaffen hat und erhält. 8 Uhr kehrten wir zurück zur Herberge, um uns für die Tagesfahrt zu stärken und von den lieben Herbergseltern zu verabschieden. Nachdem wir in Westhofen unserer Sonntagspflicht genügt hatten, ging es weiter nach Hohenlyburg, woselbst wir die sagenumwobene Burg, die im Jahre 1230 erbaut wurde, besichtigten. Durchs schöne Lennetal kamen wir um Mittag in Leimathe an, wo wir nach kurzer Rast uns durch die Dechenhöhle führen ließen.

Weil Zeit und Geld die Fahrt zum Teufelsberg nicht mehr erlaubten, ging die Fahrt von dort über Schwerte wieder der Heimat zu. Ehe wir uns getrennt, hielt die Kollegin Küper noch eine kurze Ansprache. Sie wies darauf hin, daß es gerade jetzt besonders notwendig sei, das, wovon wir innerlich überzeugt seien, nach außen hin zu beweisen. Wir müßten uns sehen lassen mit unserer Wimpel, die durch ihre Inschrift „Christliche Gewerkschaftsjugend“ überall dort, wo wir hinkommen, den Menschen zeigen, daß der harte Kampf uns Brot auch heute noch mit den Idealen christlicher Weltanschauung gepaart sein kann. Neugefährdet für den Kampf um die Idee, die uns verbindet, und um viel Schöner-reicher, was wir zum Erinnerungsfonds schreiben können, sind wir am späten Sonntagabend in unsem Heimatstädtchen wieder angekommen. E. R.

### Berichte aus den Ortsgruppen

Landeshut. 25-jähriges Bestehen der Ortsgruppe. Die Ortsgruppe Landeshut feierte am Sonnabend, dem 30. April, ihr 25-jähriges Bestehen im vollbesetzten „Kaiserhof“. Zu der Feier waren auch Mitglieder der näher gelegenen Ortsgruppen Liebau, Schömburg und Friedland in großer Anzahl erschienen. Nach einem trefflich vom Vortrag Gebrachten Prolog begrüßte Geschäftsführer Nieger (Landeshut) die Mitglieder und Gäste aufs herzlichste. In buntester Reihenfolge wechselten dann die Darbietungen ab, wobei besonders die Sprechstunde und das Nachener Weberpiel bei den Anwesenden einen nachhaltigen Eindruck hinterließen. Ihren Höhepunkt erreichten die Vorträge in dem lustigen Schwank „Wallermanns Wochenend“, der wegen seines humoristischen Inhalts wahre Nachschaben hervorrief. Alle Mitwirkenden ernteten für ihre Mühewaltung den wohlverdienten Beifall. Die Festrede des Abends hielt der Hauptgeschäftsführer Raier (Düffelbort), der insbesondere auf die Grundzüge der christlichen Gewerkschaftsbewegung einging, die im Programm fundamental verankert sind und den Sinn der Bewegung so trefflich kennzeichnen. Christlich-national und sozial, das sind die Grundpfeiler, auf denen sich die Bewegung aufbaut und sie in der Offenheit wertig macht. Im weiteren Verlauf schilderte Redner aber auch die Schwierigkeiten, unter denen der Verband überhaupt und die hiesige Gruppe im besonderen, die mit Stolz auf ihr 25-jähriges Bestehen zurückblicken kann, zu kämpfen hatte. Hierauf schlossen sich die Glückwünsche der einzelnen Ortsgruppen, von denen Liebau und Schömburg mit praktischen Geschenken aufwarteten. Eine besondere Ehrung galt anlässlich seiner 25-jährigen Mitgliedschaft dem hiesigen Ortsgruppenkassierer, Kollegen Reimel, dessen wertvolle Verdienste für den Verband in anerkennenden Worten hervorgehoben wurde. Der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Spitzer, gratulierte dem Jubilar namens der Ortsgruppe und überreichte ihm eine Blumenspende. Der Schluß der Jubelfeier bildete ein gemächliches Tanzen, dem besonders von der jüngeren Generation gehuldigt wurde. Der harmonische Verlauf der Jubelfeier kann mit Befriedigung registriert werden, und es sei besonders auch an dieser Stelle allen denjenigen, die zum guten Gelingen der Jubelfeier beigetragen haben, wobei besonders die guten Leistungen der Musik hervorgehoben seien, herzlichst gedankt.

### Inhaltsverzeichnis

Artikel: Troß der Krise verstärkte Jugendarbeit. — Unsere Jugendarbeit im Jahre 1932. — Die Grenze der Weltindustrie. — Tarifstreikigkeiten in der münterländischen Textilindustrie. — Das ist auch deine Pflicht! — Aufwertungsstreik gegen Werksparakasse der Baumwollspinn- und Weberei Arien. — Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. — Evangelische Arbeiterführer und Politik. — Salbe Erkenntnis. — Der Wochenlohn des deutschen Arbeiters. — Die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1931. — Feuilleton: Leben und Treiben im freiwilligen Arbeitsdienst. — Allgemeine Rundschau. — Aus der Jugendbewegung. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Injertat.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florakstraße 7.

Liquidations-Eröffnungsbilanz der Eigenheim-Gesellschaft Bergisch-Land, eGmbH., Düsseldorf per April 1932.

Aktiva:	Passiva:
Rufe . . . . . RM. 199,87	Vermögensbestand. RM. 199,87
	RM. 199,87
	RM. 199,87
Eigenheim-Gesellschaft Bergisch-Land, eGmbH., Düsseldorf, Peter Ruffmann, Joh. Müller, Liquidatoren.	